

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Arbeitet täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 3 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Bestellungen monatlich 20, durch unsere Verkäufer zugeteilt in der Stadt monatlich 20, auf dem Lande 25, durch die Post bezogen vierteljährlich 70, mit Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen und Postboten sowie unsere Verkäufer und Geschäftsleute nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen bei der Zeitung keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Interessententgelt 20, für die geschlossene Korrespondenz oder deren Raum, Neuzugabe, die 2 heilige Sterbepflicht 20, bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlass. Zusatzenachfragen im amtlichen Teil (nur von Zeitungen) die geschlossene Korrespondenz 20, Nachweisungsgebühr 20 Pfg. Anzeigenannahme bis 10 Uhr. Für die Möglichkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachdruck entspricht, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Nachdrucker in Anspruch genommen wird.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen.

Verleger und Drucker: Arthur J. Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästing, für den Inseratenteil: Arthur J. Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 72

Sonnabend den 25. März 1922.

81. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Es sollen folgende Arbeiten vergeben werden:

1. Delanfrisch des Rathauses und Verwaltungsgebäudes (zweimaliger Delanfrisch, Anfrisch der Zifferblätter), erbeten wird Grundpreis für den Quadratmeter und Angabe der Rüstungskosten;
2. Verkitten und Streichen der Fenster des Stadthauses; gewünscht werden Preisangaben lediglich über den Anfrisch;

3. Instandsetzung von 20 Bromenadenbänken (zweimaliger Delanfrisch). Kostenanschläge sind verschlossen bis 1. April 1922 im Verwaltungsgebäude (Zimmer 14) abzugeben. Wilsdruff, am 23. März 1922. Der Stadtrat.

Wir bitten höflichst, Anzeigen bis vorm. 10 Uhr aufzugeben.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Die Reichsregierung wird auf die Note der Reparationskommission hin zunächst einige Rückfragen nach Paris richten.
- * Die deutsche Regierung protestierte in einer Note an die Völkervereinigung gegen den ungenügenden Schutz, den die Deutschen in Oberschlesien bei der Interalliierten Kommission finden.
- * Der Reichsverband der Deutschen Presse wendet sich in einem Aufruf gegen jede Sonderbesteuerung der Zeitungen und gegen die hohen Papierpreise.
- * Die Londoner Sachverständigenkonferenz entschied sich für den Abschluß eines Vertrages zur Wiederaufnahme der Wirtschaftsverbindungen mit Ausland.
- * Der amerikanische Botschafter in Paris überreichte Poincaré die Note seiner Regierung wegen der Belastungskosten.

Auf schiefer Ebene.

Seit Jahren bemühen wir uns in Deutschland, den unerfüllten Forderungen nachzukommen, die seinerzeit in Versailles gegen uns aufgestellt und im Londoner Ultimatum vor fast einem Jahre ziffernmäßig fixiert wurden. Ost und eindringlich haben die Sachverständigen aus allen maßgebenden und wirtschaftlich bedeutenden Staaten, auch in den Reihen des Bundes unserer Gegner selbst nachgewiesen, daß ohne eine vernünftige Herabsetzung der ungeheuerlichen Schuldsomme und ohne ein verständnisvolles Zusammenarbeiten zwischen den früheren Kriegsgegnern nicht nur Deutschland von jedem Wiederaufstieg und damit auch von der Möglichkeit zur Bezahlung der ihm aufgezwungenen Schulden ferngehalten wird, sondern auch die Gläubiger selbst ihre Sorgen nicht loswerden können. Ebenso oft aber sind von den ausschließlich politischen und nicht wirtschaftlich denkenden Gewalthabern, die im Reparationsauschuss in Paris und im Obersten Rat beieinander saßen, alle derartigen Erwägungen in den Wind geschlagen, alle ursprünglichen Forderungen immer mit erneuter Hartnäckigkeit bekräftigt worden. Auch jetzt soll es so weiter gehen. Der Sinn der neuen Note der Reparationskommission, die von einem langen Briefe an den Reichskanzler begleitet war, ist nichts anderes, als daß jenes ungeliebte Londoner Ultimatum in seinem vollen Umfange aufrechterhalten und nur für dieses Jahr — und auch das nur unter vielen Vorbehalten — um einen Bruchteil vermindert wird, der uns jedoch keineswegs genügt, sondern nur gestundet werden soll. Während nämlich nach dem Londoner Zahlungsplan für das Jahr 1922 über 3 Milliarden Goldmark zu entrichten gewesen wären, bleibt nunmehr eine Gesamtleistung von 2170 Goldmark für dieses Jahr übrig, die zu etwa einem Drittel in bar und zu zwei Dritteln in Sachleistungen zu erstatten ist.

Der Unterschied ist also so gering und übersteigt bei allen Dingen das, was wir selbst als äußerste Möglichkeit der Bezahlung auf Grund unserer wirtschaftlichen Lage angegeben haben, so weit, daß von irgendwelcher nennenswerten Erleichterung gegenüber dem unmöglichen Londoner Ultimatum nicht die Rede sein kann. Die Sinnlosigkeit der neuen Forderung liegt vor allem darin, daß sie ohne jede Rücksicht auf die inzwischen stattgefundenen wirtschaftlichen Abwärtsentwicklung aufgestellt worden ist. Das Verhältnis der Papiermark zu der für die Zahlung an die Entente allein maßgebenden Goldmark hat sich in den letzten Monaten dermaßen verschlechtert, daß die gesamte schwierige, monatelange Arbeit an dem neuen Steuerprogramm sich heute schon als vollkommen überholt und in ihrem Ergebnis als gänzlich unzureichend herausstellt, obwohl sie doch nach übereinstimmendem Urteil aller am Steuerkompromiß beteiligten Parteien das Höchstmögliche ist, was man gemeinsam für eben noch erträglich hielt. Um die Differenz zwischen dem neuen deutschen Finanzplan und den weit darüber hinausgehenden Forderungen der Entente einigermaßen auszugleichen, verlangt die Reparationskommission von uns, daß wir binnen zwei Monaten neue Steuern in einem Gesamtbetrage von 60 Milliarden Papiermark durch den Reichstag bewilligen lassen. Wie wir sie ausbringen sollen, dafür läßt uns die Kommission selbst sorgen, aber sie will dann um so energischer kontrollieren, wie wir das anfangen werden.

Zu solcher Einmütigkeit sind sich Regierung, Parteien und öffentliche Meinung darüber klar, daß es so nicht geht. Der nächste Gedanke, der daraus folgt, ist nach den Erfahrungen der letzten Jahre die Befürchtung einer neuen Regierungskrise. Sehr rasch hat sich jedoch die Erwägung eingestellt, daß zunächst einmal genau geprüft werden muß, inwieweit durch Verhandlungen mit der Reparationskommission eine Abänderung des neuen Diktates

erzielt werden kann, und weiterhin, durch welche Mittel es möglich sein würde, dem weiteren Abgleiten auf der schiefen Ebene, auf der uns die Hartnäckigkeit der Reparationskommission österrückwärts und russischen Zuständen entgegenreibt, Einhalt zu tun. Daß wir, wenn die Entente nicht zuliegt, um eine Krise von unabsehbaren Folgen nicht herum kommen, davon ist man nicht nur bei den rechtsstehenden Parteien überzeugt. Man sieht voraus, daß der anhaltende Marksturz, der durch solche Diktate natürlich nur beschleunigt werden kann, eine immer weiter um sich greifende Verelendung der Bevölkerung nach sich zieht, und ein rechtsstehendes Blatt probiert, daß wir auf diesem Wege einer zweiten Revolution entgegengehen, gegen die der Umschwung vom 9. November nur ein Ainderpiel gewesen sei. Einen Weg zur Erfüllung der gegnerischen Forderungen sieht niemand. Selbst die Unabhängigen erklären es als sehr fraglich, ob die Forderung der hohen Ergänzungssummen in der von der Entente verlangten Frist erfüllbar ist. Eine mittelparteiliche Stimme will einen Ausweg darin suchen, daß uns von Jahr zu Jahr neue Anleihen gegeben werden, mit denen wir die fälligen Schuldsummen bedecken, während wir für die Anleihen selbst auf längere Zeit nur die Zinsen und die Amortisationsraten aufzubringen hätten. Das ist aber gerade ein Vorschlag, der eine grundsätzliche Wandlung in der Stellungnahme der Alliierten zur Vorauszahlung hat.

Die neue Note stellt sich wieder einmal als ein Sieg der französischen Wünsche über die Anschauungen der englischen und italienischen Mitglieder der Reparationskommission dar. International gesehen, kann seine Wirkung im Augenblick zunächst nur ein Sabotage der von den Franzosen ohnehin nicht gern gesehenen Konferenz von Genoa bedeuten. Innerpolitisch wirkt uns diese Forderung wieder auf denselben Punkt zurück, an dem wir vor Monaten die schwierige Steuerarbeit begannen. Nur, daß wir jetzt ein großes Stück tiefer auf der schiefen Ebene stehen als damals und die neue Arbeit eines Verständigungsversuchs mit den Alliierten und eines Verdrucks zur Ausbringung neuer Lasten unter weit ungünstigeren Voraussetzungen in Angriff nehmen müssen.

Demütigung in Amerika.

Die amerikanischen Regierungskreise sind über die Note der Reparationskommission mit Bezug auf die deutschen Zahlungen und die Kontrolle in Deutschland demütigt, weil sich daraus Folgen für die Stellung Amerikas gegenüber Deutschland ergeben könnten. Man ist der Auffassung, daß die Reparationskommission in Deutschland aufstellend eine sehr weitreichende Kontrolle errichten wolle, die auch dazu führen könne, die amerikanischen Interessen zu beeinträchtigen.

Neuer Sprung des Dollars.

Zeitweise über 330.

Die Note der Reparationskommission an die deutsche Regierung über die Bedingungen und Garantien für den Zahlungsausschuss hat wieder eine heftigste Aufwärtsbewegung des Dollarfußes herbeigeführt. An der Berliner Donnerstagsbörse erreichte der Dollar bei stürmischer Nachfrage zeitweise eine Höhe von 331 bis 334 Mark, um schließlich amtlich mit ungefähr 327 festgesetzt zu werden. Auch die übrigen fremden Zahlungsmittel stiegen dementsprechend, während das inländische Effetengeschäft ziemlich still blieb.

Veräumdete Schutzpflicht.

Neue deutsche Note über Oberschlesien.

Angesichts der unverantwortlichen Nachlässigkeit und Böswilligkeit, mit der die Interalliierte Kommission in Oppeln den ihrer Oberhoheit unterstellten Deutschen den notwendigen Schutz verweigert, hat die deutsche Regierung in einer Note an die Völkervereinigung im Anschluß an die Ermordung des Polizeiwachmeisters Kasperberg gegen diese Zustände Protest erhoben. Die deutsche Regierung erhebt vor allem dagegen Widerspruch, daß die Völkervereinigung und ebenso die Interalliierte Kommission behaupten, daß der deutschen Regierung das Recht fehle, sich des Schicksals der Deutschen im Abstimmungsgebiet anzunehmen. Die Rechte und Pflichten der Interalliierten Kommission bestimmen sich ausschließlich nach dem Vertrage von Versailles. Als Vertragspartei hat Deutschland ein untreibbares Recht, seinerseits von der Interalliierten Kommission die Erfüllung ihrer Vertragspflichten zu fordern. Die deutsche Regierung kann um so weniger darauf verzichten, ihre Forderungen auf baldige befriedigende Regu-

lung des Falles Kasperberg auch bei der Völkervereinigung geltend zu machen, als eine große Anzahl anderer Fälle vorliegt, in denen Deutsche an Gesundheit und Eigentum geschädigt worden sind, ohne daß sie Schutz und Unterstützung bei der Interalliierten Kommission gefunden hätten. Dieser Note der deutschen Regierung ist eine Anlage beigelegt, in der sechs noch unerledigte Fälle von Schädigungen Deutscher in Oberschlesien angeführt sind.

Der Raub der Weichfeldörfer.

Rundgebungen der Weichfeldörfer.

In sämtlichen Ortschaften der Marienwerder Niederung fanden Rundgebungen gegen den Spruch der Interalliierten Grenzfestsetzungskommission, die damit verbundene Zerstückelung des Weichfeldverbandes und die Auslieferung von fünf deutschen Weichfeldörfern an die Polen statt. Auch Marienwerders selbst und aller Orte des ehemaligen Abstimmungsgebietes hat sich eine große Erregung bemächtigt. Das Volk fordert den durch Artikel 97 des Friedensvertrages garantierten Zugang zur Weichsel und Beachtung der Artikel 28 und 30, nach denen nur die Mitte der Hauptflusslinie der Weichsel als Grenzlinie in Frage kommen kann.

Die Polengestirke auf Ostpreußen.

Der Provinziallandtag in Königsberg hat einstimmig folgende von sämtlichen Parteien, einschließlich der Kommunisten, unterstützte Erklärung angenommen: Der Herr Oberpräsident hat bei Eröffnung des Provinziallandtages als Vertreter der Staatsregierung behauptet, daß Ostpreußen nicht willens sei, das Schicksal des Wilnaer Landes zu teilen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die gegen Ostpreußen gerichteten Pläne nicht allein bei einzelnen Schwärmern bestehen, sondern Gemeingut weiter Kreise in Polen sind. Demgegenüber erklärt der ostpreussische Provinziallandtag, daß die gesamte ostpreussische Bevölkerung in demselben Willen einig ist, die Ausführung der gekennzeichneten Pläne nicht zu dulden.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Beratungen des Kabinetts.

Über die neue Note der Reparationskommission haben alsbald nach dem Eintreffen des Wortlautes der Note eingeleitet. Am Donnerstag fand in der Reichskanzlei eine Besprechung statt, an der außer dem Reichskanzler und dem Außenminister der Reichsfinanzminister, der Reichsjustizminister, der Reichswirtschaftsminister und der Reichsarbeitsminister teilnahmen. Staatssekretär Fischer, der Vorsitzende der Deutschen Kriegsstatistikkommission, erstattete Bericht über seine Eindrücke in Paris und über die Note der Reparationskommission. Die weitere Prüfung der Note erfolgt zunächst durch die beteiligten Ressorts. Die Regierung wird dann erst einige Rückfragen nach Paris richten, um Aufklärung über einzelne noch unklare Punkte zu erhalten, besonders darüber, ob in den geforderten 60 Milliarden Nachzahlungen die 3 v a n g a n e i e enthalten ist oder nicht. Im übrigen hält man auch in Regierungskreisen die Bilanzierung des Etats mit den von der Reparationskommission verlangten Mitteln für unmöglich.

Fahrpreiserhöhung im Urlaub?

Die hohen Eisenbahntarife machen für viele Angestellte und Arbeiter die Ausübung des Urlaubs zu einer Erholungsreise unmöglich, außerdem bedürfen die Urlaubsverhältnisse selbst einer allgemeinen Regelung. Diese Angelegenheit ist jetzt von dem unabhängigen Abgeordneten Künstler zum Gegenstand einer Anfrage im Reichstag gemacht worden, in der Auskunft darüber verlangt wird, wann die Regierung dem Reichstag einer Gesetzentwurf auf eine reichsgesetzliche Regelung der Urlaubsgewährung vorlegen will, und ob sie bereit ist, den Lohn- und Gehaltsempfängern, die heute schon in den Gemüß eines Urlaubs kommen, gegen entsprechende Legitimation auf den Eisenbahnen eine Fahrpreisermäßigung zu gewähren.

Belgisch-deutscher Zwischenfall.

Nach einem Brüsseler Bericht gerieten zwei deutsche Polizeibeamte im besetzten deutschen Gebiet auf einem Straßenbahnwagen mit zwei Mitgliedern der belgischen militärischen Sicherheitspolizei in einen Wortwechsel. Einer der Deutschen kürzte einen belgischen Be-